

42. Erste offizielle Informationen in Liechtenstein seit der Abstimmung

Die Zielsetzung der derzeitigen Experten-Gespräche bestehe einerseits in einer Problemanalyse und andererseits in der Suche nach Modellen, die es dem Fürstentum Liechtenstein ermöglichen sollten, unter Beibehaltung offener Grenzen zu der Schweiz dem EWR beizutreten, führte Regierungschef Hans Brunhart anlässlich einer Pressekonferenz am 4.3.1993 aus. Vor allem die Frage des Warenverkehrs sei bisher im Rahmen der exploratorischen Gespräche im Vordergrund gestanden, erklärte im weiteren Dr. Benno Beck. Man müsse nun erstmals herausfinden, wo konkret Probleme zu lösen sind. Der Verlauf der bisherigen Gespräche stimme einem zuversichtlich, meinte Hans Brunhart. In Anbetracht all dieser äusserst optimistischen Aussagen darf man wohl gespannt sein, auf welche Art und Weise die liechtensteinische Delegation den "abgeänderten" Zollvertrag den restlichen 17 EWR-Staaten schmackhaft machen wird. Eines ist jedoch heute schon klar, bereits die kleinste "undichte Stelle" im Warenverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein würde einzelne Staaten, wie z.B. Spanien, Portugal etc. veranlassen, die Inkraftsetzung des "neuen" Zollvertrages zu verhindern.

43. R.H. Strahm: Katastrophen-Prognosen für die Schweiz nicht eingetreten

Wenn man die derzeit aktuellen Wirtschaftsdaten mit den Prognosen vergleicht, welche vor ein bis zwei Jahren für die Zeit nach einem schweizerischen EWR-Nein erstellt worden sind, dann muss man feststellen, dass diese bisher nicht einmal ansatzmässig eingetroffen sind. Selbst zum heutigen Zeitpunkt prognostizieren gewisse Leute das "Schwarzze" vom Himmel. Auch wenn die Trefferquote verschwindend klein ist, die Hauptsache ist doch, die Kassen klingeln! Nationalrat R.H. Strahm stellt diesbezüglich fest, dass die an den Hochschulen ausgebildeten Ökonomen immer dreister werden, mit ihren Voraussagen, aber auch immer realitätsfremder. Als Beispiel für diese "Schwarzmalerei" führt Hr. Strahm an, dass man einen Anstieg der Zinsen um 1% angesagt habe, tatsächlich sei jedoch eine nicht unerhebliche Senkung der Sätze von über 30% eingetreten. Falsche Prognosen sind im übrigen auch sehr kostspielig.

44. Brüssel warnt die Schweiz vor Illusionen

"Die EG sitzt am längeren Hebel!", das hört man oft, leider viel zu oft. Diese angebliche Machtkonzentration ist es gerade, was auch innerhalb der EG immer mehr zu Differenzen führt. "Wir hören uns alle Wünsche an, wollen uns aber noch nicht festlegen", konnte man kürzlich von der EG-Kommission vernehmen. Dass der neue EG-Aussenkommissar Hans van den Broek sich in den Fussstapfen seines Vorgängers bewegt, konnte man Anfang Februar feststellen, denn der dämpfte bereits damals schon die Erwartungen in Bezug auf bilaterale Vereinbarungen. Verfrühten Optimismus verbreitet dieser Aussenkommissar mit Bestimmtheit nicht. Am 5.2.1993 hat die Schweizer Delegation ihre Vorstellungen im gemischten Ausschuss EG/Schweiz dargelegt. Der Verkehr, Handelsvereinfachungen für den Warenaustausch sowie die Forschung sind so die Schwerpunkte der Eidgenossenschaft. Gemäss einem EG-Diplomaten wird die EG voraussichtlich Ende Juni/Anfang Juli 1993 zu diesen Anfragen Stellung beziehen.

Zwischenzeitlich wurde von Seiten der EG bereits auch schon die Einsetzung zweier Arbeitsgruppen zur Anpassung des Freihandelsabkommens von 1972 akzeptiert. Was im Vorfeld der liechtensteinischen EWR-Abstimmung von verschiedener Seite vehement bestritten wurde, wird nun also doch Wirklichkeit. Die EG baut das für die Schweiz (und